

Peter Heesen
Bundesvorsitzender



dbb
beamtenbund
und tarifunion

Friedrichstraße 169/170
D – 10117 Berlin

Telefon 030.40 81-41 01
Telefax 030.40 81-41 99
HeesenPe@dbb.de
www.dbb.de

Herrn
Wolfgang Clement
c/o Bonn Comm – Management & Communication
Am Hof 26a
53113 Bonn

Berlin, 7. Juli 2009

Sehr geehrter Herr Clement,

als ehemaliger Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens und Bundeswirtschaftsminister konnten Sie sich jahrzehntelang auf die Leistungsfähigkeit und das Engagement der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verlassen. Sie wissen also um die hohe Qualität der Beamten und Angestellten. Insofern glaube ich Ihnen sofort, dass es in Ihrem Kommentar: „Stellt bloß keine Beamten mehr ein“ (WamS, 5.7.09) nicht um „vordergründige Beamtenschelte“ geht. Aber worum geht es dann? Ausgehend von der aktuellen Frühpensionierungswelle wegen Dienstunfähigkeit bei den Postnachfolgeunternehmen schlagen Sie einen weiten Bogen zurück in eine Diskussion der 90er Jahre um neoliberalen Staatsrückbau und die Abschaffung des Beamtenstatus.

Es ist unbestreitbar: Post, Telekom und Postbank lösen ihre aktuellen Personalprobleme nicht allein mit Hilfe modernen Personalmanagements, sondern partiell auch auf Kosten der Steuerzahler. Verantwortlich sind neben den handelnden Managern übrigens die Politiker in Bund und Ländern, die bei der Privatisierung der Post 1994 den gesetzlichen Rahmen hierfür geschaffen haben. Aber was hat das alles mit dem Stellenwert oder der Zukunft des Beamtenstatus zu tun? Hans Peter Bull hatte 2001 genauso unrecht wie Sie 2009. Sie können nicht einfach per Gesetz ein einheitliches Dienstrecht für den öffentlichen Dienst schaffen und dann einzelnen Beschäftigtengruppen – die weiterhin für die hoheitlichen Kernaufgaben zuständig sein sollen – wichtige Grundrechte wie die Koalitionsfreiheit oder das Streikrecht einschränken. Das wäre heute genauso verfassungswidrig wie 2001. Auch deshalb ist das Bull-Konzept gescheitert.

Zudem ist Ihre Annahme, durch die Geltung eines allgemeinen Arbeits- und Tarifrechts ergäben sich automatisch Leistungssteigerungen im öffentlichen Dienst, Bürger- und Kundenorientierung, Mobilität der Beschäftigten, Führungskompetenz oder ein leistungsgerechtes Bezahlungssystem, geradezu abwegig. Leistungssteigerung erreichen Sie beispielsweise durch effektive Anreiz- und Sanktionssysteme; Bürger- und Kundenorientierung mit Hilfe veränderter Arbeitsabläufe, längerer

Öffnungszeiten und Mitarbeiterschulungen; Führungskompetenz schafft man über Fortbildung und die Zuweisung neuer Verantwortung in flacheren Entscheidungsstrukturen, und Mobilität erhöhen Sie etwa durch eine flexiblere Laufbahngestaltung oder die Mitnahmefähigkeit von Versorgungsansprüchen über die Trennung der Systeme. Bei diesen sehr konkreten und zeitnah zu realisierenden Maßnahmen – alles im Übrigen Vorschläge des dbb und viele davon im Einklang mit Otto Schily, Ihrem damaligen Ministerkollegen als Gesetzentwurf formuliert - spielt der Beschäftigtenstatus überhaupt keine Rolle.

Herr Clement, Sie irren sich: Das Beamtensystem passt hervorragend in die Zeit, ist flexibel, mobil, wettbewerbsfähig und sichert zugleich durch Streikfreiheit die dauerhafte Handlungsfähigkeit des Staates, wenn es entsprechend justiert wird. Wettbewerbsuntauglich sind dagegen die Einkommen im öffentlichen Dienst. Hier liegt eine zentrale Herausforderung für die Nachwuchsgewinnung. Während der öffentliche Dienst überaltert, trocknet gleichzeitig die demographische Entwicklung den Arbeitsmarkt aus. Der daraus resultierende Wettbewerb mit der Privatwirtschaft um die „besten Köpfe“ wird schwer genug. Das scheint auch die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen zu beschäftigen, deshalb das Bemühen um eine „Stärkung der Konkurrenzfähigkeit bei der Personalgewinnung“. Gerade bei Mangelberufen etwa bei Technikern oder im IT- oder Bildungsbereich macht eine Heraufsetzung der Altersgrenze für Verbeamtungen Sinn, um den Quereinstieg dringend benötigter Fachkräfte zu erleichtern. Mit viel Geld wird der öffentliche Dienst dabei auch in Zukunft nicht locken können, wohl aber mit sicheren Arbeitsverhältnissen.

Die Vorschläge der Bull-Kommission gingen schon vor bald zehn Jahren am eigentlichen Problem vorbei. Wir wollen einen leistungsstarken, modernen, flexiblen und kostengünstigen öffentlichen Dienst mit motivierten und kundenorientierten Mitarbeitern. Keine dieser Eigenschaften hängt vom Status der Beschäftigten ab, sondern von den Arbeitsbedingungen und der Verwaltungsorganisation. Hier müssen die Debatten ansetzen, nicht bei einer überflüssigen Verfassungsdiskussion. Der besondere Status ist allein der staatlichen Handlungsfähigkeit geschuldet.

Mit den freundlichsten Grüßen



(Peter Heesen)

- Bundesvorsitzender -